

Marktwirtschaft.

1. Juli 2015:

Griechenland ist zahlungsunfähig.



Titelfoto: © SSilver – Fotolia.com / Fotomontage

Die Zeit zerrinnt. Der Euro auch. Grexit!

02 Eine große Chance für Europa
Editorial von Michael Eilfort

03 Neue Veröffentlichungen der Stiftung:
Hilflose Entwicklungshilfe?
Mehr Arbeit wagen

04 Moderne Wirtschaftspolitik
zwischen Angebot und Nachfrage
Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler
Sigmar Gabriel zu Gast in Kronberg

06 Globales Vorbild oder deutscher Irrweg?
Expertengespräch zur Energiewende
Tagung im Bundestag zur Energiepolitik
Zur Person

08 Kronberger Kreis fordert freie Preisbildung
Kritik am Trend zu administrierten Preisen

Für regionale Einkommensteuerautonomie
Vorschlag für mehr Steuertransparenz

Eine große Chance für Europa

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Die radikale griechische Regierung hat sich in gewisser Weise Verdienste um Europa erworben. Eines Tages wird man „Tsi-proufakis“ womöglich den Karlspreis dafür verleihen, in einer ängstlich-resigniert taktierenden Eurozone mindestens zwischenzeitlich Selbstachtung erweckt und Einigkeit gefördert zu haben. Dass ein Land bzw.

seine Regierung sich weder an Verträge und Regeln noch an politische Gepflogenheiten halten und mit Verweis auf demokratische Tradition und Wahl ungeniert auf Kosten 18 anderer Demokratien leben will, hat die Grenze von allzu viel Geduld aufgezeigt.

Griechenland ist pleite. Die „Wiege der Demokratie“ könnte, wenn das Gewurstel und absurde Theater weitergeht, zur Bahre Europas werden. Indem man die „Unumkehrbarkeit“, die zu recht als Ziel über dem europäischen Einigungsprozess insgesamt steht, auch auf die Mitgliedschaft einzelner Länder in der Eurozone übertrug, versetzte man den griechischen Schwanz in die Lage, mit dem europäischen Hund zu wedeln. Wenn nun die griechische Kooperations-, Leistungs- und Reformverweigerung weiter prämiert wird, hat das ihre Ausweitung zur Folge: Die Erkenntnis, dass „die Guten von den Schlechten mehr lernen als die Schlechten von den Guten“, ist übrigens ein portugiesisches Sprichwort.

Werden wir aus Schaden klug? Lernen wir nach dramatischen wie folgenlosen Gipfeln, nach Jahren leerer Ankündigungen, gebrochener Regeln und Versprechen, dass

- Pragmatismus nicht zwingend weiterhilft, wenn beliebig Recht gebeugt wird (mindestens 34 „Maastricht-Verletzungen“ allein seit 2010, „no Bail-out“ im Vertrag von Lissabon)?
- Politik endlich wieder von der Politik gemacht und demokratisch verantwortet werden muss, statt aus Konfliktscheu und Politikverweigerung heraus der EZB ihr nicht zustehende Aufgaben der Staatsfinanzierung und Wirtschaftspolitik zuzuschieben?

Die griechische Verweigerung zwingt Europa zu einer überfälligen Klarstellung, ein „Weiter so“ verbietet sich. Deshalb ist die aktuelle Krise eine große Chance. **Europa muss sich entscheiden.** Wenn es bei einer Währungsunion ohne

Politische Union und dem Weg des **Europas der Nationalstaaten** bleibt, wenn nationale Regierungen weiter nationale Politik machen sowie nationale Parlamente souverän Geld ausgeben wollen, dann müssen sie mit aller Konsequenz die Verträge von Maastricht und Lissabon beachten – Haushaltsentscheidung und Haushaltsverantwortung sind untrennbar. Dann braucht Europa eine Insolvenzordnung: Ein geregeltes Verfahren, damit niemand mehr mit den Ängsten der anderen vor unabsehbaren Abläufen spielen kann.

Oder es kommt zur **Politischen Union**. Nur in ihr ließe sich Transfer, wenn man ihn will, transparent und fair organisieren, ohne womöglich in Nehmerländern Linkspopulismus zu ermutigen und in Geberländern Rechtspopulismus herbeizurufen. Politische Union hieße aber auch: Für die Wahl eines richtigen europäischen Parlaments, aus dem eine europäische Regierung hervorgeht, gilt dann der urdemokratische Grundsatz „One man, one vote“ – und nicht die fragwürdige Stimmengewichtsverzerrung bei der Wahl des aktuellen Europaparlaments.

„Scheitert der Euro, dann scheitert Europa“, wurde von einer reformunwilligen Regierung als Blankoscheck missverstanden. Inzwischen weiß man: Mit diesem Griechenland scheitert der Euro sicher, zumindest als starke, nachhaltige Währung. Wenn die formale Ausdehnung der Eurozone wichtiger ist als ihr Fundament, wird tatsächlich etwas unumkehrbar: das Siechtum der gemeinsamen Währung. Ökonomisch ist der Grexit „alternativlos“, aber auch politisch sind die Kosten mit Griechenland im Euroraum inzwischen höher als ohne. Muss die Geostrategie erhalten, um neue Sondergipfel, neue allerletzte Angebote und Fristen sowie ein drittes Hilfspaket zu begründen? Wird weiter teuer Zeit gekauft für Ergebnisse ohne Lösung? Weiter die Erosion des Vertrauens auf Recht und Gesetz und die Diskreditierung Europas hingenommen? Dieses Griechenland mit einer eigenen Währung neu starten zu lassen und den Menschen solidarisch zu helfen, ist besser, als innerhalb der Eurozone Geld in ein Fass ohne Boden zu werfen.

IMPRESSUM

Dr. Susanna Hübner
(V.i.S.d.P.)

Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de

ISSN: 1612-9725

Fotos: Kay Herschelmann

Neue Studien der Stiftung Marktwirtschaft aus der Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik

Umdenken in der Entwicklungspolitik

Längere Arbeitszeiten für mehr Wachstum



Hilflose Entwicklungshilfe?

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 128

Jörg König

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)

ISSN: 1612 – 7072

Die Europäische Union hat 2015 zum „Europäischen Jahr der Entwicklung“ erklärt. Und dies nicht nur aus intrinsischer Motivation: In diesem Jahr laufen die „Millenniumsziele“ der Vereinten Nationen aus, die im Herbst durch sogenannte „Nachhaltige Entwicklungsziele“ ersetzt werden sollen. Die entwicklungspolitische Agenda wird neu aufgestellt: Sie soll bewährte Entwicklungsstrategien ausbauen und neue Ziele aufnehmen – weitere Fördergelder inklusive.

Dass jedoch auch ein konsequentes Umdenken in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit erforderlich ist, zeigt Dr. Jörg König in der neuen Studie „Hilflose Entwicklungshilfe?“. Viele vereinbarte Entwicklungsziele können nicht annähernd erreicht werden. Lediglich in einigen ostasiatischen Staaten hat sich die Situation in den vergangenen Jahrzehnten verbessert. Ausschlaggebend waren dort aber weniger die Entwicklungsstrategien der westlichen Welt, sondern vielmehr die Internationalisierungsbestrebungen der jeweiligen Volkswirtschaften. Trotz milliardenschwerer Hilfen bleibt ein großer Teil Afrikas ein ökonomischer und sicherheitspolitischer Problemfall. Ohne funktionierende Institutionen und einen wettbewerblichen Ordnungsrahmen begünstigen die internationalen Entwicklungsgelder eher Korruption und Schattenwirtschaft. Daher empfiehlt der Autor, institutionelle Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen, die individuelle und wirtschaftliche Freiheiten garantieren und den Menschen Anreize zu eigener unternehmerischer Initiative bieten. Die Gewährleistung des Subsidiaritätsprinzips sollte dabei stets beachtet werden.



Die Studie (Argument Nr. 128)
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de



Mehr Arbeit wagen

Argumente zu Marktwirtschaft und Politik, Nr. 129

Guido Raddatz

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)

ISSN: 1612 – 7072

Obwohl seit geraumer Zeit überwiegend positive Meldungen die öffentliche Wahrnehmung des deutschen Arbeitsmarktes dominieren, wäre Deutschland gut beraten, den Arbeitsmarkt und seine Funktionsfähigkeit weiter zu stärken und vorhandene Arbeitskräftepotentiale besser als bisher auszuschöpfen. Zu diesem Ergebnis kommt Dr. Guido Raddatz in der neuen Publikation „Mehr Arbeit wagen“. Ausgangspunkt seiner Analyse ist die empirische Beobachtung, dass das Arbeitsvolumen in Deutschland trotz steigender Erwerbstätigenzahlen seit Jahrzehnten tendenziell rückläufig ist, da die durchschnittliche Arbeitszeit der Erwerbstätigen deutlich abgenommen hat. Dadurch verzichtet Deutschland auf möglichen Wohlstand: Würden die Erwerbstätigen in Deutschland genauso lange arbeiten wie ihre Kolleginnen und Kollegen in den USA, könnte das deutsche Bruttoinlandsprodukt um rund ein Viertel höher ausfallen.

Besondere Brisanz bekommen die kurzen durchschnittlichen Arbeitszeiten in Deutschland angesichts der unaufhaltsamen Bevölkerungsalterung. Diese wird in den kommenden Jahrzehnten vor allem bei den Menschen im erwerbsfähigen Alter dramatische Folgen haben und eine Stabilisierung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens erschweren. Vor diesem Hintergrund plädiert der Autor u.a. für beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen, längere Lebensarbeitszeiten, eine Abkopplung der Beiträge zur Gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung von den Arbeitseinkommen sowie eine gesteuerte, auf den Arbeitsmarkt ausgerichtete Zuwanderung.



Die Studie (Argument Nr. 129)
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Vizekanzler, zu Gast beim Frühjahrstreffen der Stiftung Marktwirtschaft in Kronberg

Der SPD-Vorsitzende zu „moderner Wirtschaftspolitik zwischen Angebot und Nachfrage“

Prof. Dr. Theo Siegert hieß bei der diesjährigen Frühjahrssitzung am 24. April 2015 in Kronberg zum ersten Mal einen SPD-Vorsitzenden als Gast und Hauptredner willkommen. Sigmar Gabriel MdB, Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Vizekanzler, dankte dem Stiftungsratsvorsitzenden für die Einladung durch die „Ordnungspolitiker“ und versprach sich in dieser Konstellation eine anregende Veranstaltung. Gabriel freute sich, dass es Orte gebe, die ein ordnungspolitisches Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell verteidigen: „ein Modell von Marktwirtschaft, das aus Fehlern lernt und Fortschritt immer wieder neu ermöglicht hat“, so Gabriel. „Insofern ist diese Tradition eine ganz wichtige und sie hat in meiner Partei bei der programmatischen Entwicklung mehr Eingang gefunden, als viele glauben mögen“, verriet der sozialdemokratische Parteivorsitzende. Darüber hinaus habe das ordoliberalen Gedankengut maßgeblich die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland geprägt.

Er wies darauf hin, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Ordoliberalen auf der Suche nach einem „dritten Weg“ gewesen seien und dabei ihr Modell entwickelt haben. Gabriel erinnerte an eine bedeutende Aussage in den Freiburger Thesen, nach der „der größte Feind des Liberalismus der ungebändigte Kapitalismus“ sei. Vor diesem Hintergrund rate er allen, die sich über die anstehenden Änderungen bei der Erbschaftsteuer durch Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble ärgern, dies nicht mit einer ordoliberalen Haltung zu begründen. Denn gerade in den Schriften der Ordoliberalen fände sich die Aufforderung an den Staat, bei der Erbschaftsteuer anzusetzen, weil eine Erbschaft ohne jede Leistung erworben werde. Dies könne der Staat beispielsweise in Form von Stiftungen bewerkstelligen, „da dort Geld gut aufgehoben ist“.



SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel mit Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart.

Das Erfolgsmodell der Ordoliberalen mit der Entwicklung hin zur Sozialen Marktwirtschaft sei inzwischen unumstritten. Nach Ansicht Gabriels zeichne Deutschland zudem aus, dass insbesondere die mittelständischen Unternehmen in Zeiten der Krise kaum Entlassungen vorgenommen haben. Mit einem zu erwartenden Wirtschaftswachstum in Höhe von 1,8 Prozent für 2015 stelle Deutschland nach wie vor den Motor in Europa dar. Als eine Operation am offenen Herzen der deutschen Volkswirtschaft bezeichnete Gabriel hingegen die „chaotische Energiepolitik“ in den zurückliegenden Jahren in der anschließenden Diskussion unter Leitung von Prof. Dr. h.c. mult. Nikolaus Schweickart, dem Vorsitzenden des Kuratoriums. Auch die geringe Nettoinvestitionsquote der Unternehmen bereite ihm Sorgen insbesondere mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit. „Wir brauchen ein klares Modernisierungsprogramm für unser Land, denn wir können uns nicht auf diese gute Entwicklung verlassen“, forderte der Bundeswirtschafts-



minister. Die Sozialreform der Agenda 2010 – auf Basis einer klassischen Angebotspolitik – sei nicht die einzige Maßnahme gewesen, mit der man nach der Jahrtausendwende den Teufelskreis von Massenarbeitslosigkeit und überlasteten Sozialstaat durchbrochen habe. Man habe auch zugleich gezielt die Investitionen erhöht. Ansonsten wären die Sozialreformen nach Ansicht Gabriels in Deutschland gescheitert. Gabriel verwies darauf, dass die Bundesregierung nun in der Geschichte der Republik das größte kommunale Entlastungsprogramm auf den Weg gebracht habe. „In vier Jahren entlasten wir die Kommunen mit 15 Milliarden Euro.“ Dies erfolge auch im Sinne der Kommunen als Orte der Selbstverwaltung und nicht als Befehlsempfänger staatlichen Handelns, wie sie aus Sicht der Ordnungspolitiker auch zu verstehen seien.



Dass sich die Sozialdemokraten auch beim Abbau des Mittelstandsbauchs nicht auf marginale Korrekturen am Einkommensteuertarif beschränken wollen, erklärte Gabriel darüber hinaus erstmals auf dem Frühjahrstreffen. „Eigentlich müssten wir an die 20 Milliarden Euro des Mittelstandsbauchs ran“, sagte der Wirtschaftsminister und warb zugleich dafür, dass die Koalition endlich Mehreinnahmen durch die kalte Progression an die Bürger zurückgibt: „Eine Entlastung in Höhe von 5 Milliarden Euro ist ohne Anhebung des Spitzensteuersatzes möglich“, meinte Gabriel. Die Frage nach Einführung einer Vermögensteuer habe sich indessen erledigt. „Weil niemand eine Idee hat [...], wie man Privat- und Betriebsvermögen trennen kann.“

Die Krisenbewältigung der Großen Koalition 2009 habe in der Erinnerung von Gabriel nicht den Beifall der Stiftung Marktwirtschaft bekommen, jedenfalls weit weniger als die Agenda 2010. Vielmehr sei sie damals massiv kritisiert worden. Doch Gabriel halte ohnehin den althergebrachten Antagonismus zwischen Nachfrage- und Angebotspolitik

für einen falschen Gegensatz. „Ich halte Wirtschaftsideologien für nutzlos, die uns von rechts oder links auf ein Glaubensbekenntnis festlegen wollen. Wirtschaft hat ja bekanntermaßen wenig mit Glauben und Rechthaben zu tun, sondern wesentlich mehr mit Erfolg.“ Gabriel wünschte sich mehr Pragmatismus und das Begehen unorthodoxer Wege.



Prof. Dr. Theo Siegert, Vizekanzler und Bundesminister für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel und Prof. Dr. Michael Eilfort (v.re.).

Das Frühjahrstreffen schloss mit der Vorstellung der aktuellen Arbeiten des Kronberger Kreises durch den Sprecher Prof. Dr. Lars P. Feld sowie Prof. Dr. Justus Haucap, die stellvertretend für den wissenschaftlichen Beirat der Stiftung wünschenswerte Reformvorschläge für eine erfolgversprechende Wirtschaftspolitik präsentierten.

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

28.04.2015

„Die jüngsten Rufe von Ökonomen nach einer spürbaren Steuersenkung sind in der großen Koalition doch nicht ganz ungehört verhallt“, urteilt Heike Göbel, Redakteurin für Wirtschaftspolitik in der F.A.Z. „Zumindest beim Bundeswirtschaftsminister stoßen sie auf offene Ohren.“ Sigmar Gabriel denke nun öffentlich darüber nach, die nach internationalen Vergleichen „leistungsfeindlichsten Grenzsteuersätze“ der Einkommensteuer abzufachen. Dabei handelt es sich um den gewölbten Teil des Steuertarifs, durch den in Deutschland die Steuerbelastung bei mittleren Einkommen besonders schnell ansteigt. „Eigentlich müssten wir an die 20 Milliarden Euro des Mittelstandsbauchs ran“, zitiert Göbel Gabriel, „auf einer von vielen Ökonomen besuchten Veranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft in Kronberg.“

Globales Vorbild oder deutscher Irrweg?

Expertengespräche zur Energiewende auf Gut Kaden und im Deutschen Bundestag

Wird die deutsche Energiewende zum globalen Vorbild, die andere Staaten zur Nachahmung motiviert, oder stellt sie vielmehr einen nationalen Irrweg dar, der Deutschland weltweit isoliert? Diese und weitere Fragen diskutierte die Stiftung Marktwirtschaft auf Einladung von Dr. Lutz Peters mit renommierten Energieexperten bei den dritten „Kadener Gesprächen“ am 27. März 2015 nahe Hamburg.

Statt einer adaptiven „Energiesstrategie“ verfolge die Bundesregierung ein planwirtschaftlich ausgerichtetes „Energiekonzept“, befand Prof. Dr. Marc Oliver Bettzüge, geschäftsführender Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts in Köln. Das Konzept würde zudem so propagiert, als ob Deutschland den weltweiten Energiemarkt national kontrollieren könne – eine wahnwitzige Annahme bei den internationalen Größenverhältnissen des Weltmarkts. „Allein werden wir das Klima nicht retten“, befand auch Prof. Dr. Justus Haucap, Gründungsdirektor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsrecht und Mitglied des Kronberger Kreises. Statt weiter auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz zu setzen, sollte die Bundesregierung mehr Wettbewerb zwischen den Energieträgern zulassen und das europäische Emissionshandelssystem ausbauen.

Dass die Energiewende aufgrund ihrer hohen Kosten keine Nachahmer erwarten dürfe und stattdessen die Rahmenbedingungen für Innovationen verbessert werden sollten, erläuterte Dr. Leonhard Birnbaum, Mitglied des Vorstands der E.ON SE. Von einer staatlichen Steuerung der Energiewende sollte daher Abstand genommen werden. Auch Thomas Bareiß MdB, Energiebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte die Bedeutung von Innovationen in Anbetracht des steigenden Energiebedarfs. Dabei sollten mehr marktwirtschaftliche Prozesse und



weniger vollumfängliche Subventionen im Vordergrund der Politik stehen. Eine bezahlbare Energiewende sei schließlich auch im Interesse der Bürger und für deren Akzeptanz unverzichtbar.



Prof. Dr. Justus Haucap vom Kronberger Kreis.

„Die nationalen Möglichkeiten in der Klimaschutzpolitik sind sehr beschränkt“, ergänzte Prof. Dr. Andreas Löschel von der Universität Münster und Vorsitzender der Expertenkommission der Bundesregierung zum Monitoring-Bericht der Energiewende. Lösungen auf europäischer und globaler Ebene müssten vorangetrieben und Vorschläge des Monitoring-Berichts stärker berücksichtigt werden.

„Wir könnten eine viel rationalere Politik betreiben“, gibt auch Prof. Dr. Fritz Vahrenholt, ehemals Senator und Präsident der Umweltbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg, zu bedenken. Für eine wohl durchdachte Energiewende bliebe wesentlich mehr Zeit als gemeinhin angenommen, da die globale Erwärmung erheblich geringer voranschreite. Stattdessen würde die industrielle Entwicklung Deutschlands durch die überhastete Politik der Energiewende gefährdet.

Dass eine Energiewende auch kostengünstiger vonstattengehen könnte, zeige die Entwicklung des Energiemarkts in den USA, erklärte Christopher Peters von der SCG Energia in Houston, Texas, einem amerikanischen Unternehmen mit Fokus auf die Brennstoffproduktion. Mithilfe des hierzulande umstrittenen Frackings sei es den USA gelungen, faktisch unabhängig von Gasimporten zu sein und die Kosten des Energieverbrauchs erheblich zu senken.



Den Bericht zur Tagung
finden Sie auf unserer Homepage:
www.stiftung-marktwirtschaft.de



Die Kosten der Energiewende standen ebenfalls bei einer Tagung der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin auf der Tagesordnung. „**Energiewende mit Marktwirtschaft: eine bessere Strategie**“ lautete das Credo der Tagung, die am 28. April 2015 vor mehr als 200 Zuhörern im Deutschen Bundestag stattfand. Staatssekretär Rainer Baake, Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, machte

darauf aufmerksam, dass die zentrale Aufgabe nicht mehr darin bestünde, bestimmte Technologien zu fördern. Stattdessen sei man dabei, einen neuen Strommarkt 2.0 zu entwickeln, der Versorgungssicherheit gewährleiste und gleichzeitig wettbewerbsfähige Strompreise erlaube. Preissignale würden dabei unverfälscht bei den Erzeugern und Konsumenten ankommen und zu einem effizienten Marktergebnis führen. Die vollzogene Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) sei dafür maßgeblich gewesen. Die eingeladenen Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft waren nicht nur bei diesem Punkt unterschiedlicher Meinung. Das EEG koste mit derzeit 23 Milliarden Euro zu viel und leiste doch für den Klimaschutz zu wenig, war einer der zentralen Kritikpunkte. Unternehmen müssten zudem bessere Entfaltungsmöglichkeiten für Innovationen vorfinden, da diese die eigentlichen Treiber der Energiewende seien. Auch die Diskussionen um Netzausbau, Kapazitätsmarkt, Emissionshandel und Energieunion wurden kontrovers geführt, unter anderem mit Vertretern der einzelnen Bundestagsfraktionen. Immerhin in Bezug auf die Transparenz für den Bürger nehme die Energiewende eine Vorreiterrolle ein, resümierte Eilfort. Schließlich würde aus der Stromrechnung unmittelbar ersichtlich, wie viel man für das EEG bezahle.



Das Podium: Der Moderator der Veranstaltung Michael Bauchmüller mit den Referenten Dr.-Ing. Leonhard Birnbaum, Hildegard Müller, Staatssekretär Rainer Baake und Gastgeber Prof. Dr. Michael Eilfort (v.li.). Nicht abgebildet: Thomas Bareiß MdB, Prof. Dr. Justus Haucap, Florian Post MdB und Oliver Krischer MdB.

Zur Person

Dr. Jörg König erhält Dissertationspreis

Für seine Dissertation „Measuring European Economic Integration“ hat Dr. Jörg König den „Florenz-Sartorius-Preis“ für die beste Dissertation des vergangenen Jahres aus dem Bereich Volkswirtschaftslehre, Statistik, Ökonometrie oder Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Göttingen erhalten. In seiner Dissertation hat König, bei der Stiftung Marktwirtschaft seit 2014 für die Bereiche Europa-, Energie-, Wachstums- und Entwicklungspolitik sowie für den Kronberger Kreis zuständig, einen „EU-Index“ zur Erfassung der unterschiedlichen Integrationstiefen der EU-Mitgliedstaaten entwickelt und deren Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Lebenszufriedenheit in Europa analysiert.



Kronberger Kreis fordert freie Preisbildung

Kritik am Trend zu administrierten Preisen



Für eine freie Preisbildung

Positionspapier Nr. 07

Kronberger Kreis

Stiftung Marktwirtschaft
(Hrsg.)

ISSN: 2197-3059

Administrierte Höchst- und Mindestpreise erfreuen sich in Deutschland zunehmender Beliebtheit. Zu den jüngsten „Errungenschaften“ der Bundesregierung gehören die Einführung der Mietpreisbremse und die Festsetzung eines bundesweiten, branchenübergreifenden Mindestlohns. Der Kronberger Kreis, wissenschaftlicher Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, warnt davor, dass der Trend zu staatlichen Eingriffen in die freie Preisbildung bei den handelnden Akteuren falsche Anreize und Marktverzerrungen mit schädlichen Nebeneffekten hervorruft.

In ihrem neuesten Positionspapier „Für eine freie Preisbildung“ mahnen die Autoren Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Heike Schweitzer, Volker Wieland und Berthold U. Wigger, dass in der öffentlichen Diskussion zumeist nur die Verteilungsfunktion von Preisen im Vordergrund steht. Externe Eingriffe in den Markt sollen demnach zu einem „gerechten“ Austauschverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage führen. Doch wer definiert, was ein gerechter oder fairer Preis ist? Dass durch den Eingriff auch die Lenkungsfunktion der Preise betroffen ist, wird dabei gern vernachlässigt. Umgehungsstrategien der betroffenen Marktakteure werden entwickelt, Schattenmärkte entstehen und ökonomische Renten gehen verloren. Oder ein aufgeblähter Markt bildet sich, der ohne Subventionen nicht wettbewerbsfähig wäre und mit fadenscheinigen Begründungen künstlich am Leben gehalten wird. Dabei würde der Markt die Koordinationsprobleme von ganz allein lösen, denn ein freier Preismechanismus signalisiert Knappheiten und setzt gleichzeitig Anreize, diese zu beseitigen.



Das Positionspapier des Kronberger Kreises finden Sie auf unserer Homepage: www.kronberger-kreis.de

Für eine regionale und kommunale Einkommensteuerautonomie

Vorschlag für mehr Steuertransparenz



Bei den Länderfinanzen stehen in den kommenden Jahren einschneidende finanzielle Umbrüche an: So greift von 2020 an die Schuldenbremse. Ein Jahr zuvor läuft der Solidarpakt II aus. Auch der Länderfinanzausgleich steht unmittelbar vor der Überarbeitung. Nun, da ohnehin nahezu alles auf den Prüfstand kommt, besteht die Chance – in stärkerem Maß als bisher in der Praxis –, den Zusammenhang von Einnahme- und Ausgabenverantwortung herzustellen und Steuertransparenz zu schaffen: Die Stiftung Marktwirtschaft hat dafür ihren Vorschlag für eine regionale und kommunale Einkommensteuerautonomie konkretisiert.

Die regionale und kommunale Einkommensteuerautonomie ist ein Schlüsselement, um strukturelle Reformblockaden im politischen System, in öffentlichen Haushalten sowie im Steuersystem aufzubrechen und Wachstumspotentiale zu nutzen. Sie bedeutet für Länder und Kommunen mehr Handlungsfähigkeit und im Hinblick auf eine wünschenswerte Steuertransparenz einen großen Fortschritt. Konkret bedeutet es, dass der regionale (d.h. die an das jeweilige Bundesland gehenden 42,5%) und der kommunale Anteil an der Einkommensteuer (15%) auf jedem einzelnen Steuerbescheid separat ausgewiesen werden sollen.

In einem zweiten Schritt könnten im Anschluss Länder und (Wohnsitz-)Kommunen mit einem Hebesatzrecht auf ihren Anteil ausgestattet werden. In der Höhe sollte man sich dabei an dem von Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble vorgeschlagenen Korridor orientieren – bei den Kommunen z.B. von maximal plus oder minus 20%.



Mehr Informationen zu dem Vorschlag finden Sie auf unserer Homepage: www.stiftung-marktwirtschaft.de